

Politische Semantik

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

wenn ich dieser Tage die Wahlprogramme der politischen Parteien zur Bundestagswahl 2009 studiere, frage ich mich, warum sich die Sprachwissenschaft noch nicht auf diese gut getexteten, leider aber häufig inhaltsleeren Ankündigungen gestürzt hat, um sie auf ihren Sinngehalt abzuklopfen.

Da ist die Rede von „Qualitätstransparenz“ (Bündnis 90/Die Grünen), „mehr Vertragsfreiheit“ (SPD), „Generationengerechtigkeit“ (CDU/CSU), „solidarische und soziale Bürgerinnen- und Bürgerversicherung“ (Die Linke), gestoppt von der FDP, die sich – so ihr Sprecher Daniel Bahr – „für eine leistungsgerechte und transparente Vergütung“ einsetzt, die „Arzt und Patient auch verstehen“. Alle vier Jahre werden dieselben semantischen Tricks angewandt, um die Wählerschaft, die um ihre soziale Absicherung besorgt ist, einzulullen.

Dabei weiß jeder, der sich mit den Fakten auseinandersetzt, dass unser Gesundheitssystem vor ähnlichen krisenhaften Entwicklungen steht wie das Finanz- und Wirtschaftssystem. Wer vor dem Hintergrund des medizinisch-technischen Fortschritts und der demografischen Entwicklung so tut, als könne der Leistungskatalog in seiner heutigen Form ohne Abstriche aufrecht erhalten werden, sagt schlicht nicht die Wahrheit. Der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Dr. med. Frank Ulrich Montgomery, trifft den Nagel auf den Kopf: „Diese Form von Politik hat jedes Vertrauen verloren.“ Handlungskonzepte liegen zur Genüge auf dem Tisch. Fast alle seriösen Wissenschaftler fordern eine grundsätzliche Erneuerung unseres Gesundheitssystems. Die meisten schlagen eine Rückabwicklung der großkoalitionären Gesundheitsreform des Jahres 2006 inklusive Gesundheitsfonds und Einheitskassen vor. Selbst die CSU hat erkannt, dass



Michael Schwarz
Präsident der Bayerischen
Landeszahnärztekammer

ihre Zustimmung zum Gesundheitsfonds aus bayerischer Sicht ein kapitaler Fehler war, der ausgerechnet in den wirtschaftlich potentesten Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern dazu führte, dass weniger zusätzliche Mittel für die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen als in den übrigen Bundesländern. Übrigens haben damals nicht alle CSU-Abgeordneten dem Fonds zugestimmt.

Einer, der sich gegen die Parteilinie stellte, war der heutige Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg. Dessen klare Sicht trägt zu seiner hohen Popularität bei; kein anderer Politiker steht nach einer aktuellen Analyse des Instituts für Demoskopie Allensbach zurzeit so wenig unter Opportunismusverdacht.

Klare Worte statt politischer Semantik. Wenn dieses Modell beim Wähler ankommt, dann besteht Hoffnung, dass in Zukunft auch die Gesundheitspolitik mit mehr Verantwortungsbewusstsein gestaltet wird. Deshalb werde ich mich am 27. September 2009 nicht der Wahl enthalten, verbunden mit der Hoffnung eines Karl Valentin: „Hoffentlich kommt es nicht so schlimm, wie es bereits ist.“

Ihr

„Gesundheitspolitische Agenda 2009 – Was jetzt zu tun ist“

Diskussionsveranstaltung der BLZK im Zahnärztehaus Unmittelbar vor der Bundestagswahl, am 23. September 2009, haben Sie Gelegenheit, sich an einer Diskussion über die Zukunft des Gesundheitssystems zu beteiligen. Prof. Dr. med. Fritz Beske, Direktor des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung, und der bayerische Staatsminister

für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, beziehen hierzu Position. Die Veranstaltung beginnt um 17.00 Uhr im Münchner Zahnärztehaus, Fallstraße 34. Die Anmeldung ist per Fax unter 089 72480-108 oder per E-Mail unter event@blzk.de möglich. Bitte geben Sie Ihre Praxisadresse und gegebenenfalls die Anzahl der Begleitpersonen an.